

1 **Frühjahrstreffen der Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund** 2 **und Ländern am 03.03.2020**

3

4 **Resolution**

5 **Vielfalt stärken – Rassismus und Diskriminierung bekämpfen**

6

7 Die Anschläge in Hanau vom 19.02.2020 und in Halle (Saale) vom 09.10.2019 haben erneut
8 auf erschütternde Weise die tödliche Dimension von Rassismus, Antisemitismus und
9 Islamfeindlichkeit zum Ausdruck gebracht.

10 Die Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern zeigen sich entsetzt
11 über die rechtsextremistischen und rassistischen Taten, bei denen Menschen aus unserer
12 Mitte gerissen, weitere verletzt und viele traumatisiert wurden. Unsere Trauer und
13 Anteilnahme gilt den Angehörigen und Betroffenen. Unsere Solidarität gilt all jenen, die sich
14 von Hass und Ausgrenzung verunsichert und bedroht fühlen.

15 Die Taten richten sich gegen die Werte unserer Demokratie, in der der Schutz der
16 Menschenwürde das höchste Gut ist. Der Schutz vor rassistischen Anfeindungen, vor
17 Benachteiligungen wegen der Herkunft, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der
18 Religion oder der Weltanschauung ist die Grundlage unserer vielfältigen Gesellschaft. Die
19 Taten waren die mörderische Konsequenz von Hass und Hetze, wie sie zunehmend offen in
20 rechtsextremen Milieus, in sozialen Medien, aber auch von Rechtspopulisten bei öffentlichen
21 Veranstaltungen und im parlamentarischen Raum artikuliert werden.

22 Klar ist: Rassismus und Rechtsextremismus fordern uns als gesamte Gesellschaft heraus.
23 Keine noch so gut ausgestattete Sicherheitsbehörde kann diese Herausforderungen allein
24 bewältigen. Wir alle stehen in der Verantwortung, Antworten zu liefern auf die breite
25 Verunsicherung bei den jüdischen und islamischen Gemeinden, bei Zugewanderten, aber
26 auch bei den Menschen, die schon lange in Deutschland leben und die als „fremd“ etikettiert
27 werden. Wir brauchen weitere klare und nachhaltige gesellschaftliche Signale, dass Staat
28 und Zivilgesellschaft alles dafür tun werden, Rassismus, Islam- und Muslimfeindlichkeit und
29 Antisemitismus den Nährboden zu entziehen.

30 Die Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern fordern deshalb:

31 1. Gesellschaftliche Vielfalt gelingt dort besonders gut, wo sich Menschen unterschiedlicher
32 Herkunft und Religion begegnen können. Der direkte Kontakt trägt dazu bei, Vorurteile und
33 Vorbehalte zu erkennen, zu überdenken und abzubauen. Deshalb setzen wir weiterhin auf

34 die Stärkung der interkulturellen Kompetenz von Verwaltungen und Unternehmen, auf
35 Begegnung, interreligiösen und interkulturellen Dialog sowie eine aktive Rolle und
36 verbesserte Teilhabe von Migrantinnen- und Migrantenorganisationen.

37 2. Eine Präventionsarbeit, die pädagogische Fachkräfte und Multiplikatoren im Umgang mit
38 Abwertung und Hass stärkt, ist der Schlüssel zu einem friedlichen Zusammenleben. Es
39 braucht Eltern, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, Beratungsstellen,
40 Vereine und eine engagierte Zivilgesellschaft, die in der Lage sind, Widerspruch zu leisten,
41 wenn Menschen wegen ihrer Herkunft, ihres Aussehens oder ihrer Religion ausgegrenzt
42 werden. Es geht darum, vorhandene Vorurteile abzubauen, Diskriminierung aufzubrechen
43 und Vielfalt als Realität unserer Gesellschaft zu vermitteln. Demokratiebildung ist von Kita
44 über Schule, berufliche Bildung bis Studium und Weiterbildung verbindlich zu verankern.
45 Demokratische Teilhabe und die Erfahrung von Selbstwirksamkeit muss noch mehr als
46 bisher Teil des konkreten Alltags von Kindern und Jugendlichen werden. Die frühzeitige
47 Teilhabe an Gestaltungs- und Entscheidungsprozessen ermöglicht eine stärkere
48 Identifikation mit demokratischen Werten.

49 3. Die praxisnahe Demokratieförderung auf kommunaler, Landes- und Bundesebene muss
50 nachhaltig sichergestellt werden, wobei insbesondere die Zielgruppe der Jugendlichen ein
51 möglichst großes Augenmerk verdient. Eine Verstetigung der im Rahmen des
52 Bundesprogramms „Demokratie leben!“ zur Verfügung stehenden Mittel zur strukturellen und
53 nachhaltigen Stärkung der Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus sowie der Arbeit für
54 demokratische Teilhabe ist deshalb erforderlich. Um die Präventionsarbeit verlässlich zu
55 gestalten und die wichtige Arbeit der Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus
56 und der Opferberatungsstellen auf sichere Füße zu stellen, unterstützen die Beauftragten die
57 Forderung nach einer nachhaltigen Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements für
58 Demokratie auf hohem Niveau.

59 4. Die Beauftragten setzen sich daher dafür ein, gesellschaftliche Minderheiten und potentiell
60 von Diskriminierung Betroffene in der Wahrnehmung ihrer Rechte zu stärken und
61 nachhaltige Unterstützungsangebote bereitzustellen. Hierfür muss Antidiskriminierungsarbeit
62 mehr als bisher verankert werden. Dies beinhaltet den Auf- und Ausbau von
63 Beratungsangeboten sowie die Etablierung von Ansprechpersonen in öffentlichen
64 Institutionen, die in Fällen von Diskriminierung kontaktiert werden können.

65 5. Erforderlich ist auch eine Evaluation der Umsetzung der Empfehlungen der
66 Untersuchungsausschüsse zum NSU, um mögliche Umsetzungsdefizite zu identifizieren und
67 ggf. notwendige Nachjustierungen vorzunehmen.

68

69 6. Die Integrations- und Ausländerbeauftragten von Bund und Ländern begrüßen die
70 Ergebnisse des Integrationsgipfels vom 02.03.2020, insbesondere die Einrichtung einer
71 unabhängigen Expertenkommission, die sich mit den Erscheinungsformen und einer
72 Bestandsaufnahme zum Themenkomplex Islam- und Muslimfeindlichkeit auseinandersetzt
73 sowie Vorschläge für weitere Maßnahmen zur Bekämpfung und Prävention erarbeitet.